# Jahreskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder am 30. November 2020; Videokonferenz unter Vorsitz des Saarlandes

# Resolution – Stand 30.11.2020

# Gegen Hass und Hetze im Netz

Die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Bundesländer sind tief besorgt über die Zunahme diskriminierender, rassistischer und extremistischer Inhalte im Internet. Insbesondere in den sozialen Medien zeigt sich eine zunehmende Verrohung der Kommunikation - mit weitreichenden Folgen für die Gesamtgesellschaft.

Wo Hemmschwellen sinken, wächst auch die Gefahr, dass aus Hassbotschaften schwere Straftaten werden, wie aktuelle Fälle zeigen. Wir müssen verhindern, dass Extremisten weiter die Möglichkeiten der digitalen Welt nutzen, um systematisch ihre Netzwerke auszubauen. Die grundrechtskonforme Überarbeitung des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität duldet vor diesem Hintergrund keinen Aufschub.

Unser Ziel ist es weiterhin, Angebote, Strukturen und Verfahren zu schaffen, die demokratisches Denken und Handeln stärken. Bildungsprozesse von Beginn an, in Lehrplänen von Schulen, von Ausbildungsstätten und in Angeboten der Erwachsenenbildung können diesen Prozess unterstützen. Die Aufstellung von Compliance-Regeln in Unternehmen sind Schritte zur Rassismusbekämpfung und muss unterstützt werden. Die Medienkompetenz kann mit Hilfe von Demokratieprojekten gefördert werden.

Wir begrüßen daher die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ sowie den „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“, mit denen es gelingen kann, Akteure besser zu verzahnen und Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen.

Wir sehen es als notwendig an, auf diesem Feld eine bundesweite und ressortübergreifende Zusammenarbeit zu etablieren, um Synergien und Effizienz zu steigern. Die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Bundesländer appellieren daher an die Bundesregierung, eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Demokratieförderung und Antirassismus einzusetzen, die oder der dieses Zusammenwirken koordiniert.

Die bisherigen präventiven und demokratiefördernden Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen bewerten wir positiv. Es ist uns daher ein wichtiges Anliegen, diese Systeme auszubauen und stärker an den Entwicklungen der digitalen Kommunikation auszurichten, um präventiv und interventiv Radikalisierung durch das Netz einzudämmen.

Die Landesmedienanstalten sollen hierbei stärker einbezogen werden. Sie leisten mit ihrer Förderung der Medienkompetenz bereits einen wertvollen Beitrag. Wir sehen aber - trotz des Gebotes der Staatsferne - weitere Spielräume und fordern daher die Bundesregierung auf, zu prüfen, wie die Medienkompetenz in Zusammenarbeit mit den Landesmedienanstalten weiter gestärkt und ausgebaut werden kann.